



GZ.: BMI-LR2210/0015-III/1/b/2018

Wien, am 06. April 2018

An die
Parlamentsdirektion

per Mail:
NR-AUSPETBI.Stellungnahme@parlament.gv.at

Verena Rohringer
BMI - III/1 (Abteilung III/1)
Herrengasse 7 , 1010 Wien
Tel.: +43 1 53126 2251
Pers. E-Mail: Verena.Rohringer@bmi.gv.at
Org.-E-Mail: BMI-III-1@bmi.gv.at
WWW.BMI.GV.AT
DVR: 0000051
Antwortschreiben bitte unter Anführung der GZ an
die Org.-E-Mail-Adresse.

Betreff: Legistik und Recht; Verbindungsdienst - Parlament und Ministerrat; Parlament
Allgemein
Parlamentarischen Bürgerinitiative (39/BI) betreffend "den Wachkörper
Justizwache und den Strafvollzug allgemein an den Nationalrat";
Stellungnahme des Bundesministeriums für Inneres

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Bezugnehmend auf das Schreiben der Parlamentsdirektion vom 13. März 2018 bezüglich der Parlamentarischen Bürgerinitiative (39/BI) vom 21. November 2017 betreffend „ den Wachkörper Justizwache und den Strafvollzug allgemein an den Nationalrat“ ergeht folgende Stellungnahme:

Angelegenheiten des Wachkörpers Justizwache und des Strafvollzuges fallen nicht in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Inneres sondern in den des Bundesministers für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz.

Soweit in der gegenständlichen Bürgerinitiative angeregt wird, das Sicherheitspolizeigesetz (SPG) auch auf die Justizwache anzuwenden, ist aus Sicht des Bundesministeriums für Inneres darauf aufmerksam zu machen, dass das SPG die Organisation der Sicherheitsverwaltung und die Ausübung der Sicherheitspolizei durch die Sicherheitsbehörden regelt. Den Exekutivdienst versehen für diese die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes, wozu der Wachkörper Justizwache nicht zählt.

Die Justizwache ist ein Wachkörper zur Besorgung exekutivdienstlicher Aufgaben in der Justizverwaltung, insbesondere des Gefangenenaufsichtsdienstes in den gerichtlichen

Gefangenenhäusern und in den Strafvollzugsanstalten. Die Angehörigen der Justizwache habe keine Aufgaben in der Sicherheitsverwaltung.

Unbeschadet dessen besteht die Möglichkeit für den Gesetzgeber, im Strafvollzugsgesetz oder anderen Materiengesetzen – soweit inhaltlich jeweils angebracht – einzelne Regelungen aus dem SPG bzw. Regelungen nach dessen Vorbild zu übernehmen oder auf diese zu verweisen.

Für den Bundesminister:

Mag. Tamara Völker

elektronisch gefertigt

